

**Organisierung prekärer Arbeit:  
Das Beispiel der IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen**

*Christian Cargnelli*

*Tamara Ehs*

*Anton Tantner*

*(alle IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen – ig-elf.at)*

Zitationsvorschlag: Cargnelli/Ehs/Tantner (2017): *Organisierung prekärer Arbeit*, Wien, Version 16. Oktober 2017, Online verfügbar unter [igelf.wordpress.com](http://igelf.wordpress.com) [Zugriffsdatum]

aktualisierte Version

## **1. Der Status Quo**

### **1.1 Einleitung**

*Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei. (Österreichisches Staatsgrundgesetz, Artikel 17)*

Im Jahre 2014 gab die damalige Vizerektorin der Universität Wien, Susanne Weigelin-Schwiedrzik, zuständig für Forschung und Nachwuchsförderung, der Tageszeitung *Der Standard* ein bemerkenswertes Interview. Darin meinte sie: „Unsicherheit ist allerdings auch so etwas wie der Motor des Erfolgs der Wissenschaften, sowohl auf ganz allgemeiner Ebene wie auch auf Ebene der Karrieren einzelner Wissenschaftler. Denn die Unsicherheit stachelt zu Höchstleistungen an.“<sup>1</sup> Hämische Reaktionen waren Weigelin-Schwiedrzik gewiss – kein Wunder, basiert doch der österreichische Wissenschaftsbetrieb zu großen Teilen auf der Arbeit des nur befristet angestellten, oft unterdurchschnittlich bezahlten, also in unsicheren Verhältnissen lebenden akademischen Personals.

Zunächst ein paar Zahlen: An Österreichs Universitäten wird die Lehre zu etwa einem Viertel von Lehrbeauftragten bestritten. Ihre Zahl lag im Studienjahr 2014/15 bei rund 14.000.<sup>2</sup> An manchen Universitäten, etwa in Wien und Graz, tragen LektorInnen die Lehre allerdings zu

---

<sup>1</sup> Klaus Taschwer, *Unsicherheit stachelt zu Höchstleistungen an* (Interview mit Susanne Weigelin-Schwiedrzik), in: *Der Standard*, 20.04.2014, <http://derstandard.at/1397522040137/Unsicherheit-stachelt-zu-Hoehchstleistungen-an> (letzter Zugriff: 27.08.2017).

<sup>2</sup> Die Zahl ergibt sich aus den Antworten der 21 öffentlichen österreichischen Universitäten auf eine parlamentarische Anfrage der Grünen zur Situation der LektorInnen vom 27. Juli 2016: [https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/J/J\\_10012/index.shtml](https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/J/J_10012/index.shtml)

rund 40 Prozent – und an etlichen Wiener Instituten noch in viel höherem Ausmaß. So wird die Lehre am Institut für Theater-, Film- und Medienwissenschaft derzeit zu 67 Prozent von LektorInnen bestritten<sup>3</sup>; ähnlich verhält es sich am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft und am Zentrum für Translationswissenschaft. Da der Studienplan an diesen und anderen Instituten bei weitem nicht vom Stammpersonal allein bewältigt werden kann, sind LektorInnen dort in zahlreichen Pflichtveranstaltungen tätig. Ohne sie würde der Lehrbetrieb sofort und augenblicklich zusammenbrechen. Diese LektorInnen erhalten aber in der Regel jeweils nur semesterweise Verträge und auch nur im Ausmaß von zwei Semesterstunden.

Die Universität braucht die LektorInnen also, aber sie behandelt sie schlecht. Die ursprüngliche Überlegung, kompetente ExpertInnen von außerhalb für die Universitäten zu gewinnen, um in der akademischen Lehre von deren Berufserfahrung und -praxis zu profitieren, wurde in ein neoliberales Organisationsmodell umgewandelt, das eine immer größer werdende Gruppe von hochqualifizierten AkademikerInnen als Verschubmasse benutzt, um die Studienpläne bespielen zu können und damit den universitären Betrieb am Laufen zu halten; und zwar – aufgrund der stets bemühten „Ressourcenknappheit“ – ohne dass den Betroffenen irgendeine Karriereperspektive offenstünde. An österreichischen Universitäten und anderen Forschungsinstitutionen arbeiten LektorInnen in überwiegendem Maße nur in befristeten Dienstverhältnissen, stehen aber auch aus Mangel an anderen Anstellungsverhältnissen mit ihren Kompetenzen, Erfahrungen und ihrer Lehre immer wieder zur Verfügung.<sup>4</sup> Diese Art der Beschäftigung ist für eine immer größer werdende Gruppe von WissensarbeiterInnen zu einer dauerhaften, wenn auch zuweilen unterbrochenen, und mitunter lebenslangen, prekären Arbeitsrealität geworden.

Derzeit werden in Österreich befristete Verträge für LektorInnen alle sechs oder zwölf Monate neu vergeben – vorausgesetzt, man bewirbt sich offiziell (bei transparenten Ausschreibungsmodalitäten) für einen Lehrauftrag oder „erfährt“ (bei intransparenten Prozessen) von der Lehrauftragsvergabe. Die Entscheidungsprozesse zur Vergabe werden de iure und de facto allein vom/von der StudienprogrammleiterIn gefällt, die Zusage für einen Lehrauftrag erfolgt gelegentlich sehr kurzfristig beziehungsweise unmittelbar vor Semesterbeginn. Hinzu kommt die sogenannte Kettenvertragsregelung, eine Richtlinie zum Schutz (!) von ArbeitnehmerInnen, die Universitäten veranlasst, LektorInnen nach sechs beziehungsweise acht Jahren nicht permanent anzustellen, sondern aus ihrer Lehrtätigkeit zu drängen. LektorInnen sind damit paradoxerweise zu einer meist einjährigen Pause ohne Anrecht auf Weiterbeschäftigung gezwungen.

Ein weiteres Problem stellt die unzureichende infrastrukturelle Ausstattung dar: Lehrende

---

<sup>3</sup> <https://spl-tfm.univie.ac.at/lehre> (letzter Zugriff: 04.10.2017).

<sup>4</sup> Die Aufforderung, doch mobil zu sein, sich jobmäßig etwa in Deutschland umzuschauen, kann in diesem Zusammenhang – unsere deutschen KollegInnen wissen das allzu gut – nur als blanker Hohn empfunden werden.

ohne weitere Anbindung an ein Universitätsinstitut haben oft keinen eigenen Arbeitsplatz, d.h. keinen Zugang zu technischer Unterstützung (Computer, Laptop, Kopierer), keinen eigenen Schreibtisch, keine Räumlichkeiten für Arbeitsgespräche mit Studierenden, weder Festnetzanschluss noch Telefonnummer. Dieser Ausschluss von Kommunikationsstrukturen macht sie zu Universitätsangestellten zweiter Klasse.

Nicht zuletzt ist die Bezahlung inadäquat, denn sie deckt nicht den tatsächlichen Arbeitsaufwand ab. So werden zentrale Aufgaben universitärer Vermittlung wie eine didaktisch seriöse Vor- und Nachbereitung der Lehrveranstaltungen, die Betreuung von Abschlussarbeiten und die laufende Administration von Lernplattformen ebenso nicht angemessen abgegolten wie die Mitwirkung an Abschlussprüfungen und die Teilnahme an Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen in universitären Gremien. 2017 wird eine Semesterstunde für Lehrende im ersten bis dritten Arbeitsjahr nach Lehrvergütungscode 1 (LVG 1) mit 210,29 Euro brutto monatlich abgegolten – dieser Betrag versteht sich inklusive Vor- und Nachbereitung einer Lehrveranstaltung und gegebenenfalls Betreuung von Bachelorarbeiten. Dies gilt für reguläre Arbeitsverträge. An einigen österreichischen Universitäten werden LektorInnen freilich überwiegend (WU Wien, Alpen-Adria Universität Klagenfurt) oder zur Gänze (TU Graz) mit Freien Dienstverträgen ausgestattet – das bedeutet, dass hier das Arbeitsrecht und damit auch kollektivvertragliche Bestimmungen nicht zur Anwendung kommen (z.B. Urlaubs- und Weihnachtsgeld, bezahlter Krankenstand). Freie DienstnehmerInnen können auch nicht vom Betriebsrat vertreten werden (oder für diesen kandidieren).

WissenschaftlerInnen durch unbefristete Verträge eine planbare Perspektive jenseits prekärer Arbeitsverhältnisse zu bieten, ist eine notwendige Voraussetzung für die oft eingeforderte Exzellenz von Lehre und Forschung. Dazu gehört die Bereitstellung von angemessenen Arbeitsplätzen und deren adäquate infrastrukturelle Ausstattung: Hervorragende Lehre und Forschung sind nur unter hervorragenden Arbeitsbedingungen möglich. Wo diese nicht gegeben sind, werden WissenschaftlerInnen zwangsläufig in andere Betätigungsfelder abwandern. Prekäre Arbeitsverhältnisse in der Wissenschaft schaden somit nicht nur den betroffenen Personen, sie sind der Qualität der Wissenschaft selbst abträglich.

Seit ihrer Gründung im Jahre 1996 kämpft die *IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen* gegen diese Prekarisierung, die sich nicht nur im Wissenschaftsbetrieb zeigt, sondern generell eine stetig wachsende Anzahl von Menschen – nicht zuletzt Frauen und MigrantInnen – betrifft, die ihren Lebensunterhalt mit einem Job allein nicht mehr bestreiten können, ganz gleich, ob sie im Gesundheitswesen, in der Pflege, im Dienstleistungsbereich, Security-Sektor, in der Kulturarbeit oder im Journalismus tätig sind. Zu diesem Kampf braucht es Assoziationen wie die *IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen*,

die das akademische Feld innerhalb und außerhalb der Universitäten und akademischen Institutionen beobachten und Diskussionsräume zum Erfahrungsaustausch schaffen. Dies ist eine unabdingbare Voraussetzung für das Artikulieren von solidarischen Forderungen auf universitärer, aber auch auf allgemein politischer Ebene, für gemeinsames Handeln und das Auftreten als Verhandlungspartnerin mit Institutionen, Unternehmen und Regierungen. Dabei sind z.B. Betriebsräte und Gewerkschaften wichtige Verbündete. Im Betriebsrat der größten österreichischen Universität, der Universität Wien, ist die IG seit einigen Jahren ebenso vertreten und aktiv wie in deren höchstem Gremium, dem Senat, und hat mittlerweile etliche infrastrukturelle und arbeitsrechtliche Verbesserungen erreicht. Eine der nächsten Aufgaben und Herausforderungen wird und muss die Vernetzung dieser Arbeit auf europäischer und internationaler Ebene sein.

## 1.2 Arbeitsverhältnisse in den Wissenschaften – ein kurzer historischer Rückblick

Den Wandel, dem die Arbeitsverhältnisse – zumeist männlicher – Wissenschaftler seit dem Mittelalter bis in die Gegenwart unterlagen, stellte der Historiker Valentin Groebner folgendermaßen pointiert dar: „Wissenschaftler [und Künstler] waren einige paar Jahrhunderte lang Mönche, bevor sie, an der Wende vom späten Mittelalter zur frühen Neuzeit, zu heiraten anfangen. Sie wurden zu Höflingen und Virtuosi. Im 17. und 18. Jahrhundert verwandelten sie sich dann in distinguierte bürgerliche Gentlemen und im 19. Jahrhundert in Beamte – sie wurden Professoren. Seit ein paar Jahren sollen sie jetzt Unternehmer sein.“<sup>5</sup>

Egal welcher Typus dominant war, in der Regel konnte nur eine Minderheit der Gelehrten auf Grund ihrer Tätigkeit ein ökonomisch zufriedenstellendes und dauerhaft abgesichertes Leben führen; gerade in der Frühen Neuzeit ist der Topos der brotlosen Wissenschaftler allgegenwärtig. Manche versuchten, als windige Projektmacher an Höfen eine Finanzierung zuweilen abstruser Ideen zu erlangen,<sup>6</sup> andere wiederum trachteten danach, ihr Wissen am wild wuchernden „Lehr- und Lernmarkt des Ancien Régime“ zu verkaufen, und hofften auf ein Auskommen als Hofmeister und Privatlehrer der Söhne und Töchter bemittelter Bürger und Adelsfamilien.<sup>7</sup> Selbstironie über die eigene Situation war dabei nicht ungewöhnlich, eine Wochenschrift etwa, die 1774/75 in Wien von Anton Ferdinand Reichsritter von Geusau herausgegeben wurde, trug den Titel *Der Hungrige Gelehrte*.

Am Vorabend der Revolution von 1789 bestand in vielen Städten Europas – nicht zuletzt in

<sup>5</sup> Peter Geimer / Valentin Groebner, *Einsamer Auftritt. Gehen Sie eigentlich gerne zu Vorträgen?* (=allaphbed; 10), Leipzig 2006, S. 20 (Autor Groebner).

<sup>6</sup> Vgl. Markus Krajewski (Hg.) *Projektmacher. Zur Produktion von Wissen in der Vorform des Scheiterns* (=copyrights; 15), Berlin 2004.

<sup>7</sup> Heinrich Bosse, *Bildungsrevolution 1770-1830* (=Reihe Siegen. Beiträge zur Literatur-, Sprach und Medienwissenschaft; 169, hg. von Nacim Ghanbari), Heidelberg 2012, S. 15.

Paris – ein kreatives und verarmtes Milieu an Gelehrten und Literaten, in dem die Unzufriedenheit über die eigene Lage sowie die Gesellschaft im Allgemeinen so stark war, dass manche HistorikerInnen gar so weit gehen, den „hageren und hungrigen Männern des literarischen Untergrundes, (...) den kulturellen Parias, die aus Armut und Erniedrigung die jakobinische Version des Rousseauismus hervorbrachten“, einen guten Teil der Verantwortung für die Französische Revolution zuzuschreiben, die in ihrer radikalen Variante den „geradezu physischen Haß“ dieses revolutionären Milieus zum Ausdruck gebracht haben soll.<sup>8</sup>

Auch die im 19. Jahrhundert einsetzende Verbeamtung der Wissenschaft änderte nicht viel an der prekären Lage der Mehrheit jener, die sich dazu entschlossen hatten, „Wissenschaft als Beruf“ zu betreiben; im deutschsprachigen Bereich stand dafür sprichwörtlich die Gruppe der „Privatdozenten“ und es war vorwiegend auf jene gemünzt, wenn Max Weber 1917 in seinem Vortrag Wissenschaftler als „proletaroiden Existenzen“ bezeichnete und Verbindungen zu Industrialisierung und Kapitalismus zog:

„Und es tritt da der gleiche Umstand ein wie überall, wo der kapitalistische Betrieb einsetzt: die ‚Trennung des Arbeiters von den Produktionsmitteln‘. Der Arbeiter, der Assistent also, ist angewiesen auf die Arbeitsmittel, die vom Staat zur Verfügung gestellt werden; er ist infolgedessen vom Institutsdirektor ebenso abhängig wie ein Angestellter in einer Fabrik: [...] und er steht häufig ähnlich prekär wie jede ‚proletaroiden‘ Existenz...“.<sup>9</sup> Weber verwendete das Wort „prekär“ in Hinsicht auf Menschen, die nicht über eigene Produktionsmittel verfügen, die es ihnen erlauben, nach Interesse und Wissbegierde zu forschen, und die daher in einem Abhängigkeits- und oft (Selbst-)Ausbeutungsverhältnis stehen.

Eine Verbesserung dieser Situation ergab sich erst in der kurzen, als *Trente Glorieuses* bezeichneten Phase sozialliberaler Reformen, die von den 1960ern bis in die 1980er Jahre andauerten und in der Wissenschaft und Kunst als konstitutiv für den demokratischen Prozess verstanden wurden; es wurde daher in sie investiert. Insbesondere in Westeuropa bewirkte die Blockkonkurrenz mit den sich als realsozialistisch verstehenden Staaten den Aufbau des keynesianischen Sozialstaats und den Ausbau demokratischer Mitspracherechte nicht nur an den Hochschulen, sondern auch in zahlreichen Betrieben; vor allem die Sozialdemokratie begriff Kunst- und Kulturpolitik als Austragungsort sozialer Auseinandersetzungen und politischer Kämpfe.<sup>10</sup>

---

<sup>8</sup> Robert Darnton, *Literaten im Untergrund. Lesen, Schreiben und Publizieren im vorrevolutionären Frankreich*, Frankfurt am Main 1988, S. 43.

<sup>9</sup> Max Weber, *Wissenschaft als Beruf*, in: ders.: *Schriften 1894-1922*, ausgewählt und hg. von Dirk Kaesler, Stuttgart 2002, 474-511, hier S. 476 f.

<sup>10</sup> Vgl. Michael Amon, *Sozialdemokratische Kulturpolitik?*, in: *Die Zukunft* 2/2010; Dieter Segert, *Transformationen in Osteuropa im 20. Jahrhundert*, Wien 2013.

### 1.3. Wissensarbeit im Neoliberalismus: neue Beschäftigungsverhältnisse

Die Universitäten waren und sind Vorreiterinnen auf dem Weg zur umfassenden Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse. Eine Untersuchung ihrer zeitgenössischen Arbeitsformen offenbart sich somit als düsterer Ausblick auf viele andere Beschäftigungsbereiche. Daher greift auch der manchmal getätigte Einwand, die geschilderten Arbeitsbedingungen seien ein Problem einiger ohnehin Privilegierter, die sich ja immerhin ohne Stechuhr der Muße des Forschens hingeben könnten, zu kurz. Denn Arbeits- und Lebensverhältnisse von EnthusiastInnen ohne feste Löhne und existenzielle Absicherung stehen Modell für den Arbeitsmarkt der Zukunft.

Das Universitäts-Organisationsgesetz (UOG) 1993 und das Universitätsgesetz (UG) 2002 markierten ein Jahrzehnt der grundlegenden Neugestaltung der staatlichen Universitäten hin zu unternehmerischen Hochschulen. Beide Gesetze sind Teil der neoliberalen Hochschulreform, die die sozialliberale Reformära ablöst und die beherrschte Klasse wieder auf ihre Plätze verweist. 2002 wurden die Universitäten „in die Autonomie entlassen“, so die Diktion. Die Reform diene also vorgeblich der Unabhängigkeit der Wissenschaften gegenüber dem Staat. Tatsächlich verbirgt sich hinter dem Autonomiebegriff eine fundamentale Entstaatlichung und damit die Abtrennung der gesellschaftlichen Wissensproduktion vom Allgemeinwohl: Unabhängig wurden weder die Wissenschaft als solche noch die WissensarbeiterInnen, sondern bloß die RektorInnen als autokratisch agierende HochschulmanagerInnen. Sie und die von ihnen geleiteten Universitäten sind nun autonom von demokratisch ausverhandelten gesellschaftlichen Interessen jenseits des Marktes.<sup>11</sup> Richard Münch meint über die Organisationsreform der Universitäten gar: „Das monopolartig und oligarchisch organisierte System macht gestandene Forscher zu Forschungsfunktionären oder Forschungsmanagern und hält die breite Masse der aktiven Forscher als Sklaven.“<sup>12</sup>

Spätestens mit dem UG 2002 wurde die universitäre Wissenschaft institutionell vollkommen den Regeln des Marktes und somit den Interessen des Kapitals bzw der KapitaleignerInnen unterworfen. Ihr Zugriff auf die Wissensproduktion und damit auf das gesellschaftlich verfügbare Wissen ist durch die Auslieferung der Universitäten an den globalen Wettbewerbsmarkt größer denn je, weil er durch ein dichtes staatliches Steuerungssystem gestützt wird. Waren in der sozialliberalen Ära die Schaffung von Institutionen, wie z.B. des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF), oder neuer Lehrstühle und die Formulierung bloß allgemeiner Ziele – und dadurch das Vertrauen in communityinterne

---

<sup>11</sup> Vgl. Jens Wernicke, Hochschule im historischen Prozess, Berlin 2009, S. 8.

<sup>12</sup> Richard Münch, Die akademische Elite. Zur sozialen Konstruktion wissenschaftlicher Evidenz, Frankfurt am Main 2007, S. 386.

Steuerungsmechanismen – Inhalt österreichischer Wissenschafts- und Universitätspolitik gewesen, so etablierte die neoliberale Ära umfassende Governancestrukturen wie etwa Wissensbilanzen oder strategische Ziel- und Leistungsvereinbarungen. Die Transformation von „state-embedded and state-controlled markets into market-embedded and market-controlled states“<sup>13</sup> zeigt sich an den Universitäten besonders anschaulich: Die gesetzlich eingeforderten Monitoring- und Evaluierungsinstrumente und mit ihnen die wachsende Dichte an Qualitätssicherungsmaßnahmen und Leistungsaufzeichnungssystemen dienen einzig dazu, die Hochschulen und ihre WissensarbeiterInnen zu Outputorientierung, privatwirtschaftlicher Unternehmensführung und Auditlogik zu erziehen.

Unter den Bedingungen ständigen globalen Wettbewerbs, der nicht zuletzt in Rankings Ausdruck findet, wurden die Universitäten in den vergangenen Jahren zu Laboratorien neuer Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse. Die großen Governancestrukturen in der Wissenschaftspolitik haben mikropolitische Implikationen für das akademische Leben und beeinflussen schließlich auch das gesellschaftlich verfügbare Wissen.<sup>14</sup> Die Zunahme von prekären Arbeitsverhältnissen wird von den Universitäten als Arbeitgeberinnen dreifach begründet. Erstens werden Kostengründe geltend gemacht: Wer nur befristet angestellt ist oder gar eine Forschungsarbeit als Werkvertrag erfüllt, verursacht geringere Personalkosten oder kann überhaupt gleich als Sachkostenpunkt verwaltet werden, was durch den Wegfall der Lohnnebenkosten die günstigste Variante darstellt. Zweitens sind strategische Gründe anzuführen, wie etwa eine erhöhte Flexibilität bei der Personalplanung, die Umgehung des Betriebsrates und die Weitergabe des unternehmerischen Risikos. Schließlich sind die sozialen Gründe nicht außer Acht zu lassen. Dabei handelt es sich vor allem um einen Disziplinierungseffekt: Steigende Konkurrenz zwischen den Beschäftigten führt zu einer erhöhten Akzeptanz von Einkommenseinbußen und ungünstigen Arbeitsbedingungen.<sup>15</sup> Die Sorge, sich durch Kritik an diesen Beschäftigungsverhältnissen eine mögliche Karriere in der Wissenschaft zu verpatzen oder überhaupt in der Erwerbslosigkeit zu landen, lässt die meisten verstummen – was sich wiederum auf die Organisierungsmöglichkeiten von Assoziationen wie der IG auswirkt.

Die Soziologie hat in prekären Beschäftigungsverhältnissen, wie sie bei Kulturschaffenden längst Usus sind und nun unter WissensarbeiterInnen Verbreitung finden, den Typus des „Arbeitskraftunternehmers“ erkannt: Man ist UnternehmerIn seiner selbst, Scheinselbständige/r und damit VerwalterIn der eigenen Arbeitskraft, die zu Markte getragen werden muss. Dafür braucht es laut Hans J. Pongratz und G. Günter Voß drei Eigenschaften: Selbstkontrolle („verstärkte selbständige Planung, Steuerung und

<sup>13</sup> Hauke Brunkhorst, *Critical Theory of Legal Revolutions: Evolutionary Perspectives*, New York 2014, S. 446.

<sup>14</sup> Vgl. Ulrike Felt / Maximilian Fochler, *Risikante Verwicklungen des Epistemischen, Strukturellen und Biographischen: Governancestrukturen und deren mikropolitische Implikationen für das akademischen Leben*, in: Peter Biegelbauer (Hg.) *Steuerung von Wissenschaft*, Innsbruck 2010, S. 297-328.

<sup>15</sup> Vgl. Ursula Schumm-Garling, *Soloselbständigkeit. Zukunft der Beschäftigung!?* in: *Sozialismus* 4/2017, S. 55-60.

Überwachung der eigenen Tätigkeit“), Selbstökonomisierung („zweckgerichtete ‚Produktion‘ und ‚Vermarktung‘ der eigenen Fähigkeiten und Leistungen“) und Selbstrationalisierung („Durchorganisation von Alltag und Lebensverlauf und Tendenz zur Verbetrieblichung von Lebensführung“).<sup>16</sup> Der Arbeitsmarkt erhält hoch motivierte, selbständige, flexible Menschen, die zudem aufgrund ihrer Vereinzelung und ihrer regelmäßigen Ortswechsel weder gewerkschaftlich organisiert noch politisch engagiert sind.

#### 1.4 Folgen der Prekarität: WissensarbeiterInnen als RisikoinvestorInnen

Anders als im fordistischen Zeitalter der Industriegesellschaft erfolgt die massenhafte Ausbeutung der Ware Arbeitskraft im neoliberalen Zeitalter nicht mehr repressiv, sondern verführend. Die Arbeit in der Wissenschaft (übrigens ebenso wie jene im Kunst- und Kulturbereich) liefert hierfür eine Blaupause: Der Mühsal körperlicher Plackerei unter Aufsicht der Stechuhr enthoben, frei zu forschen und zu lehren, was uns ohnehin interessiert, sei Wissensarbeit nicht lästiger Zwang, sondern ein Tor zur Selbstverwirklichung. Da die Entfremdung zwischen Person und Arbeitskraft geringer ist, ist die intrinsische Motivation ausgeprägt. Zudem lockt das neoliberale Zeitalter mit freieren Formen der Arbeitsorganisation wie „flachen Hierarchien“, flexiblen Arbeitszeiten und autonomem Selbstmanagement. Statt Fremd- herrscht Selbststeuerung und die „Falle der Identifikation mit dem eigenen Tun lauert selbst noch im blödsinnigsten Job.“<sup>17</sup> War der/die ArbeiterIn am Fließband noch ein elendes Geschöpf, so ist im Neoliberalismus nun jede Arbeit durch „Freiheit“ veredelt. Wir sind frei, alles zu sein, wo wir wollen, wann wir wollen. Arbeit ist Passion und Berufung. Wie der Philosoph Byung-Chul Han treffend analysiert, immunisiert sich der Neoliberalismus gegen Widerstand, indem er von der Freiheit Gebrauch macht statt sie zu unterdrücken.<sup>18</sup> Die Freiheit von Wissenschaft und Lehre ist sogar verfassungsrechtlich verbürgt.

Der Preis dieser Freiheit ist, zu *scientific entrepreneurs*<sup>19</sup>, eigentlich zu RisikokapitalistInnen zu werden. Wir unterliegen der Logik einer neoliberalen Auditgesellschaft, in der jede Tätigkeit strategisch auf ihre weitere Verwertung im Lebenslauf beurteilt wird. Und was hierfür nicht bezifferbar und somit nicht kapitalisierbar ist, hat keinen Wert. Wichtig für erfolgreiche WissensarbeiterInnen ist demnach die gute individuelle Performance, deren Voraussetzung die Outputorientierung akademischen Handelns. Nicht mehr Fabrikdisziplin und Anwesenheit zählen, sondern Flexibilität und Anpassungsbereitschaft an veränderte Förder-, Publikations- und Evaluationsbedingungen; keine Stechuhr, dafür aber (mindestens

<sup>16</sup> Vgl. Hans J Pongratz / G. Günter Voß, Arbeitskraftunternehmer. Erwerbsorientierungen in entgrenzten Arbeitsformen, Berlin 2004.

<sup>17</sup> Titus Engelschall / Elfriede Müller, Es gibt kein richtiges Arbeiten im Falschen, in: ak – Analyse & Kritik 600/2014.

<sup>18</sup> Vgl. Byung-Chul Han, Psychopolitik. Neoliberalismus und die neuen Machttechniken, Frankfurt am Main 2014.

<sup>19</sup> Vgl. Steven Shapin, The scientific life, Chicago 2008.



das Vortäuschen von) Einsatzbereitschaft rund um die Uhr; weiters ist Kreativität gefragt, also Angepasstheit und Unangepasstheit zugleich; auch hochgradige Spezialisierung in einem Forschungsbereich und zugleich Inter- und Transdisziplinarität sind Teil der guten persönlichen Performance. Damit ist jeder seines Glückes Schmied und seines Unglücks Schreiner.<sup>20</sup> „Jeder ist heute ein selbstausbeutender Arbeiter seines eigenen Unternehmers. Jeder ist Herr und Knecht in einer Person. Auch der Klassenkampf verwandelt sich in einen inneren Kampf mit sich selbst. Wer heute scheitert, beschuldigt sich selbst und schämt sich. Man problematisiert sich selbst statt die Gesellschaft“, so Byung-Chul Han.<sup>21</sup>

Wenn WissensarbeiterInnen keinen Erfolg haben, so die neoliberale Logik, dann weil sie eben nicht gut genug sind, weil sie nichts erforschen, was der Markt gerade braucht, weil sie im ach-so-objektiven Wettbewerb um Drittmittel nicht bestehen. Sie haben alle Chancen, doch wahrscheinlich schöpfen sie ihr Potenzial nicht aus... Der Mangel an sozialer Sicherheit wird somit unter neoliberalen Vorzeichen individuell verarbeitet. Was bleibt, ist der permanente Druck, durch Performance wenigstens den Status quo zu halten. Es ist ein asozialer Druck, der sich von Vereinzelung und Konkurrenz nährt. War man früher ein kleines Rädchen im Unternehmen, so ist man nun in seinem Hamsterrad allein.

Besonders betroffen von diesen Auswirkungen neoliberaler Reformen sind jene WissensarbeiterInnen, die durch die Bildungsexpansion der sozialliberalen Ära an die Universitäten gekommen sind. Jene Arbeiterkinder, die sich für die Wissenschaft als Beruf entschieden, leben heute oft in sozioökonomisch schlechteren Situationen als ihre wesentlich geringer mit schulischem Kapital ausgestatteten Eltern.<sup>22</sup> Das gesellschaftlich mehr vorhandene kulturelle Kapital ist weniger wert beziehungsweise von ihnen nicht entsprechend ökonomisierbar. Das sozialdemokratische Versprechen sozialen Aufstiegs durch Arbeit erweist sich nach dem Ende der *Trente Glorieuses* als Illusion. Es ist nicht nur eine individuell frustrierende Erfahrung, selbst mit hochqualifizierter Bildung und Wissensarbeit stets nur einen Abwehrkampf gegen den sozialen Abstieg zu führen, sondern diese prekäre Arbeitsweise erlangt auch gesamtgesellschaftliche Relevanz: Da sich an den akademischen Übergängen zum Doktorat oder zur Post-doc-Stelle stets die Frage stellt, ob man in der Wissenschaft bleibt, also diesen riskanten Weg weiter verfolgen will und kann, ist das verfügbare Volumen an ökonomischem Kapital höchst relevant. Denn nicht genehmigte Drittmittel und nicht erhaltene oder gering entlohnte Lehraufträge bedeuten für befristet Angestellte semesterweise finanzielle Durststrecken, die sich mit einem finanzkräftigen Elternhaus oder anderen unterstützenden Netzwerken (Sozialkapital) leichter überwinden lassen. So erreicht die neoliberale Hochschulreform, dass die Klasse der KapitaleignerInnen

---

<sup>20</sup> Vgl. Andreas Fisahn, Im Hamsterrad, in: Neues Deutschland, 10.06.2017.

<sup>21</sup> Byung-Chul Han, Psychopolitik. Neoliberalismus und die neuen Machttechniken, Frankfurt am Main 2014.

<sup>22</sup> Vgl. schon Pierre Bourdieu, Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt am Main 1987, S. 260 f.

auch in der Wissenschaft wieder unter sich bleibt.

Doch wer Wissensarbeit betreibt und wer der Wissenschaft verloren geht, ist nicht irrelevant. Denn gemäß Pierre Bourdieus Sozialtheorie gehören WissensarbeiterInnen zur „beherrschten herrschenden Klasse“, verfügen also über ein hohes Maß an kulturellem Kapital, das mit Verfügungsmacht über die gesellschaftliche Wissens-, Kultur- und somit Sinnproduktion einhergeht, befinden sich jedoch in ökonomischer Abhängigkeit von den „herrschenden Herrschenden“.<sup>23</sup> In den prekären Beschäftigungsverhältnissen österreichischer Forschungseinrichtungen können nur jene WissensarbeiterInnen reüssieren (d.h. unbefristete und höhere Stellen erreichen), die über hohes kulturelles und soziales Kapital verfügen – wobei ein akademisches Herkunftsmilieu bereits eine gute Startvoraussetzung ist – und zudem bestimmte charakterliche Eigenschaften haben, mit denen sie die „richtigen“ Entscheidungen treffen. Jene neuen Arbeitswelten fördern flexible Charaktere (Menschen ohne tiefe Bindungen an andere Menschen, an Orte, an Vereinsleben, an gesellschaftliches oder politisches Engagement), die ein hohes Maß an Selbstkontrolle an den Tag legen und gute RisikokapitalistInnen sind, indem sie zuerst schon die Studienwahl, dann den Forschungsbereich und hernach stetig die Forschungsfrage danach auswählen, wie vielversprechend sie für die Performance im weiteren Lebenslauf sind. Wissensproduktion wird somit zu einem sozialdarwinistischen *survival of the fittest*.

Ulrike Felt und Maximilian Fochler geben zu bedenken, dass „sich durch dieses ständige ‚Einüben‘ des Ziels der Akkumulation quantitativ gut bewerteten Outputs letzten Endes auch die Form wissenschaftlicher Wissensproduktion selbst und damit letztlich das produzierte Wissen verändert.“<sup>24</sup> Da die finanzielle Grundlage der Wissensarbeit mittlerweile hauptsächlich kompetitiv einzuwerbende Drittmittel sind, wird erforscht, was hohe Outputvorhersehbarkeit verspricht und damit den FördergeberInnen gefällt. Zudem konsumieren Audit- und Managementarbeiten einen erheblichen Teil der Arbeitszeit, sodass „zeitlose Zeit“<sup>25</sup> – also Zeit, die nicht bereits dem Projekt und der Performance gewidmet ist – zum Luxusgut wird: Forschen und Nachdenken muss man sich leisten können.

Die Projektförmigkeit, um die Wissensarbeit arrangiert ist, bedingt eine jeweils kurze Verweildauer der ForscherInnen: im speziellen Forschungsgegenstand, aber auch in der Projektgruppe, am Ort, in der Institution. Wissensarbeit ist hochgradig temporär und disloziert. Die erfolgreichsten WissensarbeiterInnen sind nicht mehr lokal verankert, sondern forschen und publizieren nur noch für die und in der globalen *scientific community*. Sie sind damit zwar weltweit vermittelbar (Stichwort *employability*), aber der Gesellschaft und dem

---

<sup>23</sup> Vgl. Pierre Bourdieu, *Wie die Kultur zum Bauern kommt*, Hamburg 2001.

<sup>24</sup> Ulrike Felt / Maximilian Fochler, *Risikante Verwicklungen des Epistemischen, Strukturellen und Biographischen: Governancessstrukturen und deren mikropolitische Implikationen für das akademischen Leben*, in: Peter Biegelbauer (Hg.) *Steuerung von Wissenschaft*, Innsbruck 2010, S. 297-328, hier S. 309.

<sup>25</sup> Vgl. Oili-Helena Ylijoki / Hans Mäntylä, *Conflicting time perspectives in academic work*, in: *Time & Society* 12/2003, S. 55-78.

politischen Engagement entfremdet. Zukunftsentwürfe oder gar gegenhegemoniale Utopien sind von solcherart sozialisierten WissensarbeiterInnen kaum mehr zu erwarten. Der „Wille zur intellektuellen Intervention“<sup>26</sup> bleibt meist ebenso auf der Strecke wie das Engagement in zentralen kollektiven systemerhaltenden Arbeiten. Sich in der Lehre zu engagieren, Studierende zu beraten oder dem Betriebsrat anzugehören, also gemeinschaftsbildend und solidarisch zu wirken, ist aus Sicht des/der *scientific entrepreneurs* bloß dumm. Denn diese Tätigkeiten sind im akademischen Lebenslauf nichts wert.<sup>27</sup>

WissensarbeiterInnen sind gezwungen, ihre Karriere selbst zum Projekt, zum Risikounternehmen zu machen, zu einem riskanten Investment, dem soziale Bindungen, Vereinstätigkeit, Freizeit etc. geopfert werden, um die geringe Chance auf eine unbefristete Stelle zu wahren. Der Politikwissenschaftler Alexandre Afonso vergleicht diese Arbeitswelt mit jener einer Drogengang: „The prospect of future wealth, rather than current income and working conditions, is the main driver for people to stay in the business: low-level drug sellers forgo current income for (uncertain) future wealth. Rank- and file members are ready to face this risk to try to make it to the top, where life is good and money is flowing.“<sup>28</sup>

WissensarbeiterInnen leben ebenso in einem permanenten Ausnahmezustand vom sogenannten Normalarbeitsverhältnis. Die Unsicherheit ihrer Arbeitsbeziehungen resultiert in einer Unsicherheit der Lebensplanung, in einer „Prekarisierung des Privatlebens“, so Luc Boltanski.<sup>29</sup> Da diese Ausnahmezustände immer weitere Verbreitung finden und längst auf andere Branchen übergreifen haben, werden sie allmählich zur Regel. Dies führt nach dem Soziologen Christoph Deutschmann zu einer wachsenden Fragilität der Gesellschaft insgesamt.<sup>30</sup>

## 1.5 Die Entdeckung des Prekariats

Die im Fordismus stark verbreitete Ideologie des „Normalarbeitsverhältnisses“ setzte die Dominanz des männlichen Alleinverdienermodells als selbstverständlich voraus und war

<sup>26</sup> Albrecht von Lucke, Von Habermas zu Schirrmacher. Zur Lage des Intellektuellen in der Berliner Republik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/2014, S. 83-93.

<sup>27</sup> Diesen Druck der marktwirtschaftlichen *just in time*-Logik üben bereits die Studierenden ein. Die Studien erfuhren im Zuge der Umstellung auf Bologna-Konformität eine erhebliche Beschleunigung und Verschulung, die kaum noch freie intellektuelle Entfaltung gewährt, schon gar nicht das ehrenamtliche Engagement honoriert. Zudem ist nur ein einziger Studienabschluss immer weniger wert und die tatsächliche Distinktion am Arbeitsmarkt erfolgt über postgraduale Studien, die am besten im Ausland absolviert werden. Dies bevorzugt wiederum Studierende aus finanzkräftigen Elternhäusern und schiebt der einst von der Sozialdemokratie angestrebten sozialen Durchlässigkeit erneut einen Riegel vor. Wer also in diesem System reüssieren will, muss seine/ihre Zeit nicht in die Gemeinschaft, sondern in den eigenen Lebenslauf investieren, muss sich etwa für ein (Auslands-)Studium verschulden. Hierfür wurden dann die günstigeren Studentenkredite erfunden – „privatisierter Keynesianismus“ (Colin Crouch).

<sup>28</sup> Alexandre Afonso, How Academia Resembles a Drug Gang, <http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.2407748>, (letzter Zugriff: 04.10.2017),

<sup>29</sup> Luc Boltanski, Leben als Projekt, in: Polar, 2/2007, <http://www.polar-zeitschrift.de/position.php?id=110#110> (letzter Zugriff: 04.10.2017).

<sup>30</sup> Hierzu näher Christoph Deutschmann, Kapitalistische Dynamik. Eine gesellschaftstheoretische Perspektive, Wiesbaden 2008.

nicht nur in der kapitalistischen Peripherie, sondern auch in den Zentren blind für Arbeitsverhältnisse jenseits von Stechuhr, 40-Stunden-Woche und kollektivvertraglich garantierten Sicherheiten. ForscherInnen, die sich mit der Geschichte der Arbeit beschäftigen, haben mittlerweile klargestellt, dass es sich bei diesem Normalarbeitsverhältnis allenfalls um „eine temporäre Erscheinung für einen kleinen Teil der Welt“ handelte und wenn, dann „50 Jahre für 20 Prozent der Weltbevölkerung“ galt.<sup>31</sup>

Die Ideologie des Normalarbeitsverhältnisses erodierte nur schleppend und dominierte das Denken von Politik wie Gewerkschaften noch lange nach dem Einsetzen des Siegeszugs des Neoliberalismus. Erst ab den 1990er Jahren wurden von SoziologInnen, insbesondere in Frankreich, prekäre Arbeitsverhältnisse thematisiert<sup>32</sup>. Für den Bereich der Wissenschaft prägten die Autorinnen Anne und Marine Rambach in ihrem 2001 erschienenen Buch den Begriff der *prekären Intellektuellen (Intellos précaires)*. Sie betonten darin, dass die damit bezeichneten Personen nicht zwangsläufig arm seien, dass aber doch ein großer Graben zwischen deren sozialer Anerkennung und ihrer wirklichen Situation festzustellen sei. In ihrem Minihandlungsguide am Schluss forderten sie, dass die betroffenen Personen ihr Tabu ausstellen sollten, zum Beispiel durch eine Prekär-Pride-Parade – Stichwort May-Day-Demonstrationen –, und sie veröffentlichten eine *Charta der Prekären*.<sup>33</sup>

Der britische Soziologe Guy Standing wiederum bezeichnete das Prekariat als eigene, im Entstehen befindliche Klasse, die bei all ihrer Heterogenität gemeinsame Merkmale aufweise, insbesondere das Fehlen sozialer Sicherheiten und die Gefährdung durch Armut.<sup>34</sup> Gemäß Standing handelt es sich beim Prekariat um „eine Klasse im Krieg mit sich selbst“, die zumindest in drei Fraktionen gespalten sei: zum einen die aus den traditionellen Arbeiterklassenzusammenhängen gedrängten Menschen, die sich das goldene Zeitalter des Fordismus zurückwünschten und anfällig für rechtsextreme Parteien seien; zum anderen die klassischen „UnterbürgerInnen“ (*denizens*), denen von vornherein viele Rechte vorenthalten werden, also ethnische Minderheiten, MigrantInnen, Asylsuchende und ehemalige Gefangene; schließlich drittens Gebildete und aus der Angestelltenklasse hinausgedrängte Menschen, die keine ihrer Ausbildung adäquaten Jobs finden und eher progressiven Positionen zuneigten; es sei die „vielleicht größte Aufgabe“ der letzteren Fraktion, „die anderen Teile des Prekariats für eine gemeinsame Vision zu gewinnen“.<sup>35</sup>

Drei ineinandergreifende Kämpfe seien es, die gemäß Standing das Prekariat zu führen habe:

---

<sup>31</sup> Marcel van der Linden, Die Arbeiterklasse wächst und bewegt sich. Der Historiker Marcel van der Linden über riesige Streiks, schwache Gewerkschaften und prekäre Normalarbeit [Interview], in: Neues Deutschland, 11.07.2017, S. 3.

<sup>32</sup> Vgl. Robert Castel, Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz 2000 (EA 1995); Timo Luks, Prekarität. Eine nützliche Kategorie der historischen Kapitalismusanalyse, in: Archiv für Sozialgeschichte 56/2016, S. 51-80.

<sup>33</sup> Vgl. Anne Rambach / Marine Rambach, Les intellos précaires, Paris 2001.

<sup>34</sup> Vgl. Guy Standing, Prekariat. Die neue explosive Klasse, Münster 2015 (EA 2011).

<sup>35</sup> Guy Standing, Eine Charta des Prekariats. Von der ausgeschlossenen zur gestaltenden Klasse, Münster 2016 (EA 2014), S. 36-38.

ein Kampf um Anerkennung, die durch kollektive Aktionen oder Proteste zu erreichen sei; ein Kampf um Repräsentation, um dem Bittstellerstatus zu entkommen und in staatlichen wie betrieblichen Gremien wieder Rechte zu erlangen; schließlich ein Kampf um Umverteilung, die sich insbesondere auf Schlüsselgüter wie Sicherheit, Kontrolle über die eigene Zeit und Zugang zu Gemeingütern, Bildung und Finanzkapital richten müsse.<sup>36</sup> In seiner aus 29 Artikel bestehenden *Charta des Prekariats* spricht sich der Soziologe für ein bedingungsloses Grundeinkommen aus; ein Artikel fordert die Dekommodifizierung der Bildung. Letzterer Kampf sei laut Standing „von den Eliten im Bildungssektor“ anzuführen, da diese am wenigsten zu verlieren hätten und am ehesten Solidarität mit der Gruppe der prekär Lehrenden bekunden könnten.

### 1.6 Das Versagen der Gewerkschaften und Parteien

Die mit dem Neoliberalismus einsetzende Wende in der Organisation von Arbeit kann in einer an den Arbeiten von Michel Foucault und Gilles Deleuze orientierten Perspektive auch als Übergang von der Disziplinargesellschaft in die Kontrollgesellschaft bezeichnet werden: War in der ersteren das dominante Modell der Arbeit das der nach dem Modell des Panoptikums organisierten Fabrikarbeit, ist das Leitbild der Kontrollgesellschaft das des Unternehmens, in dem die arbeitenden Individuen zueinander in Konkurrenz gesetzt werden. Dieser Wandel hat weitreichende Folgen auch für die Organisation von Widerstand: Die dominante Organisationsform im Fabrikzeitalter war die Gewerkschaft, die die in den Betrieben anwesenden und disziplinierten Arbeitermassen als Kollektiv anrufen und zum Streik aufrufen konnte. Der Umgang mit prekarierten Individuen, die aufgerufen werden, zu UnternehmerInnen ihrer selbst zu werden, ist um ein vielfaches schwieriger, weswegen Deleuze bereits im Jahr 1990 von einer möglichen „Untauglichkeit der Gewerkschaften“ sprach, den Übergang von der Disziplinargesellschaft in die Kontrollgesellschaft zu meistern, und die Frage stellte, ob sie sich der neuen Situation anpassen oder anderen Widerstandsformen weichen würden.<sup>37</sup>

Was die österreichischen Universitäten anbelangt, so erwies es sich als fatal, dass für die Hochschulen mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) eine vorwiegend an BeamtenInneninteressen orientierte Interessensvertretung zuständig war und ist, die lange Zeit mit den Lebensverhältnissen der Mehrheit der an den Universitäten lehrenden und forschenden Personen nicht vertraut war.<sup>38</sup> Diese Erfahrung mussten VertreterInnen der IG

---

<sup>36</sup> Ebd., S. 123-128.

<sup>37</sup> Gilles Deleuze, Postskriptum über die Kontrollgesellschaften, in: ders., Unterhandlungen. 1972-1990. Frankfurt am Main 1993, S. 254-262, hier 262.

<sup>38</sup> Mario Becksteiner, Gewerkschaftlicher Dornröschenschlaf, in: IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen / Linkes Hochschulnetz / PrekärCafé / Squatting Teachers: Wissensarbeit – Prekär - Organisiert. 15 Jahre IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen, 2.A. 2012, S. 23-25.

immer wieder machen; so lassen sich die im Streikjahr 1996 gemachten Erlebnisse mit Gewerkschaftsvertretern (sic!) im Rückblick nur als Zusammenstöße einander fremder Welten beschreiben.<sup>39</sup>

Während andere Gewerkschaften wie die Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA) zumindest etwas Sensibilität für gesellschaftliche Umbrüche an den Tag legten und eigene Interessengemeinschaften für als „atypisch“ bezeichnete prekäre Arbeitsverhältnisse gründeten, ließen über viele Jahre hinweg von Seiten der GÖD nur einige wenige RepräsentantInnen Ansätze eines Problembewusstseins erkennen. Dass sie in ihrer Gesamtheit den Interessen der prekär Beschäftigten nur bedingt Rechnung tragen, zeigte sich in jüngster Vergangenheit: So hatten die VertreterInnen der GÖD bei den Verhandlungen zum Gehaltsabschluss der Universitätsangestellten für das Jahr 2016 nicht beachtet, dass mit dem von ihnen erzielten Ergebnis Universitätslehrende mit einem nur zweistündigen Lehrauftrag die Sozial- und Krankenversicherung verloren, da die Bezahlung nun unter der dafür notwendigen Geringfügigkeitsgrenze lag; zuvor war diese Gruppe bei aller bescheidenen Bezahlung wenigstens automatisch versichert gewesen. Dieser Fehler der Gewerkschaft konnte bei den ein Jahr später wieder stattfindenden Verhandlungen bedauerlicherweise nicht wieder gut gemacht werden. All jene Lehrbeauftragten, die eine solche Versicherung benötigen, sind fortan von allfälligen Sonderbestimmungen abhängig, die Überzahlungen ermöglichen, und sind damit der Willkür der einzelnen Universitätsleitungen ausgeliefert. An der Akademie der Bildenden Künste etwa erklärte sich Rektorin Eva Blimlinger unverzüglich dazu bereit, den auszahlenden Betrag auf ein Niveau oberhalb der Geringfügigkeitsgrenze aufzustocken. Demgegenüber bietet die Universität Wien LektorInnen die Möglichkeit, dasselbe Ziel durch die Übernahme von Prüfungsaufsichten in der vorlesungsfreien Zeit zu erreichen.<sup>40</sup> In den letzten Monaten kann freilich – und erfreulicherweise – eine gewisse Bewegung innerhalb der GÖD beobachtet werden, was die Interessen der Lehrbeauftragten an österreichischen Universitäten anbelangt.

Was für die Vertretung durch Gewerkschaften bei Lohnverhandlungen gilt, gilt auch für die allgemeine politische Ebene: Die Bedürfnisse und Interessen des Prekariats werden in deren Gremien nicht repräsentiert, keine der im Nationalrat vertretenen Parteien nimmt das Prekariat als neue Form des Proletariats wahr, auch die SPÖ nicht, die sich traditionellerweise als Vertreterin der ArbeiterInnen und Angestellten verstand. Obwohl der Klassenkompromiss längst einseitig aufgekündigt ist und die neoliberale Wende klar den

---

<sup>39</sup> Vgl. Alice Pechriggl, Anekdote No3. „Ich war Streikdelegierte...“, in: ebd., S. 8.

<sup>40</sup> Vgl. IG LektorInnen (2017): Versicherungspflicht für Lehraufträge wieder gewährleisten. Stellungnahme der IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen zum Gehaltsabschluss für Universitäten 2017, 6.2.2017, ig-elf.at, <http://ig-elf.at/index.php?id=100>

Klassenkampf von oben markiert, sind Gewerkschaft und Partei meist noch immer dem sozialpartnerschaftlichen Aushandlungsregime selbstverpflichtet. Sie vertreten zwar UniversitätsmitarbeiterInnen, versagen aber bei der fluiden Masse der freien WissensarbeiterInnen, die vielleicht arbeitssoziologisch eher wie eine Zunft organisiert werden müssten. Die 1996 erfolgte Gründung der IG LektorInnen kann somit auch als Versuch betrachtet werden, neue Formen der Artikulation dieser Interessen zu finden.

## **2. Zwanzig Jahre Organisierung prekärer Arbeit**

### **2.1 Uniproteste in Österreich seit 1987**

Betrachtet man die letzten drei Jahrzehnte universitärer Proteste in Österreich, so lässt sich feststellen, dass zumindest in Wien diese regelmäßig alle zehn Jahre begleitet von einer längeren Audimaxbesetzung stattfinden: Genannt seien die durch ein Sparpaket provozierten Proteste von 1987, die auch von SchülerInnen getragen wurden, weiters die Besetzungen von 1996 und schließlich 2009. Man braucht demnach kein/e große/r ProphetIn zu sein, um anzukündigen, dass es in den nächsten drei bis fünf Jahren wieder zu solchen Auseinandersetzungen kommen wird; Gründe dafür sind zur Genüge vorhanden.

### **2.2 Aktivitäten der IG LektorInnen seit der Gründung 1996**

Das Spezifische an den Protesten des Sommersemesters 1996 war, dass sie sich gegen ein Sparpaket wandten, das alle an den Universitäten tätigen Gruppen betraf. Im speziellen Fall der externen LektorInnen, die jeweils nur für ein Semester mit einem oder mehreren Lehraufträgen bedacht wurden, wurde die Remuneration um 17% gekürzt, das Wahlrecht für universitäre Gremien war ihnen bereits durch das UOG 1993 entzogen worden. Es sei daran erinnert, dass im Zuge der Protestbewegung von Seiten Universitätsangehöriger auch erwogen wurde, den verantwortlichen Ministern ihre akademischen Titel abzuerkennen, weil sie den akademischen Eid, das Ansehen der Universität nicht zu beschädigen, gebrochen hatten.

Es waren zwei Wege, die damals zur Gründung der IG LektorInnen führten,<sup>41</sup> zum einen die Tätigkeit von Annemarie Steidl und Anton Tantner, die, als die Proteste losgingen, erfreulich unaufwändig von den Instituten für Geschichte und Wirtschafts- und Sozialgeschichte ein Verzeichnis der Telefonnummern der externen LektorInnen ausgehändigt bekamen; es handelte sich um jene Medienepoche, bevor sich die Verwendung von E-Mails an der Universität Wien nicht zuletzt auch im Zuge dieser Protestbewegung verbreitete. Die beiden

---

<sup>41</sup> Siehe auch: Annemarie Steidl, Eine kurze Geschichte der IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen, in: IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen u.a.: Wissensarbeit (wie Fn. 38), S. 6–11.

setzten sich anschließend in ein kleines, für Geschichte-LektorInnen gedachtes Zimmer im zweiten Stock des Hauptgebäudes der Universität Wien und starteten eine Telefonsession, bei der sie zu einer Versammlung einluden. Eine erhalten gebliebene E-Mail aus dieser Zeit spricht übrigens von der „prekäre[n] Situation“ eines „heterogenen ‚Haufens‘“, dessen Forderungen formuliert werden sollten; der Begriff der Prekarität war also ansatzweise schon vorhanden, genauso wie auch das Wissen um die Vielfalt der Prekären.

Unabhängig von dieser Aktion kam in der Zwischenzeit am Institut für Zeitgeschichte rund um Florian Freund, Johanna Gehmacher, Siegfried Mattl, Alice Pechriggl und Bertrand Perz eine Gruppe von Lehrbeauftragten zusammen, worauf am 19. März 1996 das Aktionskomitee der externen LektorInnen an der Universität Wien gegründet wurde, aus dem sich dann die noch im selben Jahr als Verein konstituierte Interessengemeinschaft Externe LektorInnen und Freie WissenschaftlerInnen entwickeln sollte.

Im Folgenden sollen einige der Aktivitäten der IG LektorInnen angeführt werden:

Schon bald nach Gründung der IG wurde sie vom Wissenschaftsministerium mit einer Studie zur sozialen Lage der LektorInnen beauftragt, in der mit qualitativen und quantitativen Methoden eine „militante Untersuchung“ in der Tradition von Marxens Fragebogen für Arbeiter durchgeführt wurde, wie sie in den letzten Jahren im Bereich der prekären Arbeit immer wieder eingefordert wird.<sup>42</sup> Diese Studie wurde unter dem Titel „Zwischen Autonomie und Ausgrenzung? Zur Bedeutung Externer Lehre und Freier Wissenschaft an österreichischen Universitäten und Hochschulen“ im Jahr 2000 fertiggestellt und bei einer Enquete im November desselben Jahrs präsentiert.<sup>43</sup>

Zu einer der wichtigen Erkenntnissen in Folge der Studie zählte, dass fortan verzichtet wurde, Prekarität als eine Frage des „wissenschaftlichen Nachwuchses“ zu bezeichnen; insbesondere das damalige IG-Vorstandsmitglied Günter Hefler plädierte dafür, lieber von einem segmentierten Arbeitsmarkt für WissenschaftlerInnen zu sprechen, in dem wenige unbefristet Beschäftigte einer großen Zahl befristet/prekär Beschäftigter gegenüberstehen, unabhängig vom Alter der Beteiligten.

In einer weiteren vom Wissenschaftsministerium in Auftrag gegebenen Studie beschäftigte sich die IG LektorInnen mit der Machbarkeit eines „WissenschaftlerInnenhauses“, das eine Infrastruktur für WissensarbeiterInnen zur Verfügung stellen sollte.<sup>44</sup>

In dieser Zeit gab es von Seiten der IG auch allgemeinere politische Interventionen, nach der

---

<sup>42</sup> Vgl. Becksteiner, Mario: Militant Research and Research Militancy, in: Grundrisse Nr. 39, 2011, S. 38 – 46, [http://www.grundrisse.net/grundrisse39/militant\\_research.htm](http://www.grundrisse.net/grundrisse39/militant_research.htm) (letzter Zugriff: 04.10.2017)

<sup>43</sup> IG externe LektorInnen und freie WissenschaftlerInnen: Zwischen Autonomie und Ausgrenzung? Zur Bedeutung Externer Lehre und Freier Wissenschaft an österreichischen Universitäten und Hochschulen, März 2000, <http://ig-elf.at/fileadmin/homepage/Archiv/Studien/ZwischenAutonomieundAusgrenzung.pdf> (letzter Zugriff: 04.10.2017)

<sup>44</sup> IG externe LektorInnen und freie WissenschaftlerInnen: Machbarkeitsstudie WissenschaftlerInnenhaus. Endbericht - Dokumentarband, Wien 2001, Netzveröffentlichung Dezember 2002, [http://ig-elf.at/fileadmin/homepage/wissenschaftlerinnenhaus/WissenschaftlerInnenhaus\\_text.pdf](http://ig-elf.at/fileadmin/homepage/wissenschaftlerinnenhaus/WissenschaftlerInnenhaus_text.pdf) (letzter Zugriff: 04.10.2017)



Nationalratswahl von 1999 war sie an den Protesten gegen die Koalition mit der FPÖ beteiligt und rief in einer im Februar 2000 verfassten Resolution gegen den Regierungspakt von ÖVP und FPÖ dazu auf, sich „die Angst“ vor der rechtsextremen Regierungsbeteiligung „nicht nehmen, sondern produktiv werden zu lassen“<sup>45</sup>. Als beim G8-Gipfel von Genua im Juli 2001 nicht nur ein Demonstrant von einem Polizisten erschossen und etliche AktivistInnen von der Polizei gefoltert wurden, sondern darüber hinaus noch Angehörige der Volxtheaterkarawane unter absurden Anschuldigungen drei Wochen lang festgehalten wurden, solidarisierte sich die IG LektorInnen gemeinsam mit vielen anderen mit der aus Wien kommenden Theatergruppe und forderte in einer eigenen Resolution deren Enthaftung; weiters spendete die IG für den Rechtshilfefonds der Volxtheaterkarawane.<sup>46</sup>

Im Dezember 2002 lud die IG Anne Rambach zu einer Buchpräsentation nach Wien ein, um ihr gemeinsam mit Marine Rambach verfasstes Werk „Les intellos précaires“ vorzustellen. Dieses Buch trug dazu bei, dass sich auch in Österreich unter den Betroffenen ein Bewusstsein um prekäre Arbeit im Wissenschaftsbereich bildete.<sup>47</sup>

Ab 2004 war die IG im neu gegründeten Betriebsrat der Universität Wien vertreten, im Rahmen der Fraktion „GAKU PLUM IG“; in den folgenden Jahren sollte die Teilnahme an der Betriebsratstätigkeit die Hauptaktivität der IG sein. Eine Ausweitung der Aktivitäten gelang dann wieder ab 2009, als die IG sich Mitte Oktober an einer Veranstaltung zur Prekarisierung in den Wissenschaften beteiligte, die von verschiedenen Initiativen wie dem PrekärCafé, der Plattform Drittmittelpersonal, dem Graduiertenzentrum Sozialwissenschaften und der ÖH organisiert war. Eine Woche später startete die letzte große Welle an Uniprotesten, bekannt geworden unter der Bezeichnung „Uni Brennt“, in deren Zuge unter Beteiligung der IG auch Treffen der Lehrenden einberufen wurden, die unter dem Label „Squatting Teachers“ Lehrveranstaltungen im öffentlichen Raum abhielten.

2010, im Jahr nach den „Uni Brennt“-Protesten, benannte sich die IG Externe LektorInnen und Freie WissenschaftlerInnen in Interessengemeinschaft LektorInnen und WissensarbeiterInnen um, was zum einen darin begründet war, dass die Lehrbeauftragten an den Universitäten seit dem UG 2002 vorwiegend nicht mehr „externe“ sondern „interne“ Angestellte sind, zum anderen, dass der im Zuge der Proteste von 2009 breiter diskutierte Begriff der Wissensarbeit darauf verweist, dass Lehrende und Forschende lohnabhängig sind und jenseits symbolischer auch auf monetäre Anerkennung angewiesen sind.

Im Folgenden konnte die Zahl der Mitglieder und der AktivistInnen erweitert werden; es gab Auseinandersetzungen am Institut für Kultur- und Sozialanthropologie um die

---

<sup>45</sup> IG externe LektorInnen und freie WissenschaftlerInnen: Resolution anlässlich der Regierungsbildung, 12.2.2000, <http://ig.elf.at/index.php?id=55> (letzter Zugriff: 04.10.2017)

<sup>46</sup> IG externe LektorInnen und freie WissenschaftlerInnen: Aufruf zur Enthaftung der Mitglieder der Volxtheaterkarawane, 1.8.2001, <http://www.ig-elf.at/index.php?id=58> (letzter Zugriff: 04.10.2017)

<sup>47</sup> Einflussreich für die Popularisierung im Wiener Umfeld: Pinguin: Geistreich, aber arm, in: Malmoe, 4/2002, <http://www.malmoe.org/artikel/verdienen/277> (letzter Zugriff: 04.10.2017)

Gratisbetreuung von Diplomarbeiten, die IG LektorInnen war in Gespräche mit dem Rektorat wegen der Kettenvertragsregelung eingebunden und konnte zum 15-Jahr-Jubiläum 2011 zusammen mit anderen Organisationen eine Broschüre zum Thema „Wissensarbeit“ herausgeben.<sup>48</sup>

Zur Konterkarierung des Starts der 650-Jahr-Festivitäten der Universität Wien lud die IG LektorInnen am 12. März 2015 zu einer „Prekärsuppe“ ein, bei der vor dem Hauptgebäude der Uni Wien Suppe ausgeschenkt wurde; diese Aktion fand erfreulich große mediale Beachtung.<sup>49</sup>

Zuletzt verfasste die IG für ihre Arbeit neue Leitlinien, die nicht nur eine Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Lage von Bildung und Wissenschaft samt ihrer Arbeitsbedingungen, sondern auch einen Forderungskatalog enthalten.<sup>50</sup>

Im Rückblick können somit die Aktivitäten der IG folgendermaßen zusammengefasst werden:

- Bewusstseinsbildung (Klassenbewusstsein, Prekariat als Klasse) im Sinne von permanenter Empörung über die Umstände der Wissensproduktion
- politisierende Interventionen
- Erstellung und Verbreitung von Ideen gegen das Dispositiv der unternehmerischen Hochschule
- Mitarbeit an der Erstellung eines Konzepts für die (Re-)Demokratisierung der Wissenschaft in der postindustriellen Gesellschaft

---

<sup>48</sup> Siehe IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen u.a.: Wissensarbeit (wie Fn. 38).

<sup>49</sup> IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen: Bilder und Berichte von der Prekärsuppe, in: Weblog der IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen, 12.3.2015, <https://igelf.wordpress.com/2015/03/12/bilder-und-berichte-von-der-prekarsuppe> (letzter Zugriff: 04.10.2017)

<sup>50</sup> IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen: Leitlinien, 2017, [http://igelf.at/uploads/media/IGLektorInnenWissensarbeiterInnen\\_Leitlinien.pdf](http://igelf.at/uploads/media/IGLektorInnenWissensarbeiterInnen_Leitlinien.pdf) (letzter Zugriff: 04.10.2017)

### **3. Herausforderungen für die IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen**

#### **3.1. Ökonomisierung von Wissenschaft, Wissensarbeit und Wissensproduktion**

Die Übernahme von Management- und Unternehmenslogiken hat nicht nur allgemein die Verwaltungsebene der Universitäten, sondern auch die Wissensarbeit selbst erreicht. Das ist für die Gesellschaft als Ganzes erheblich. Denn die Arbeitsverhältnisse von WissenschaftlerInnen haben nicht nur Auswirkungen auf das persönliche und akademische Leben, sondern auch auf die Inhalte des gesellschaftlich verfügbaren Wissens, damit auf die Gesellschaft als solche. Das zeigt sich für die IG zuvorderst in den Disziplinierungseffekten, die prekäre Verhältnisse bewirken: An die Stelle kollektiver betrieblicher Konflikte und ihrer Lösungsstrategien, wie wir sie aus dem fordistischen Zeitalter kennen (Betriebsversammlungen, Streikdrohung etc.), tritt im Neoliberalismus der atomisierte Wettbewerb. Standen einst Unternehmen in Konkurrenz zueinander und waren innerhalb eines Unternehmens aufgrund fester Anstellungsverhältnisse Solidarität und gemeinsamer Arbeitskampf möglich, so haben heute prekäre Beschäftigungsverhältnisse zur Folge, dass jede/r mit jedem/r konkurriert, auch innerhalb eines Unternehmens. Das zerstört allein innerhalb z.B. der Universität Wien oder auch nur eines Instituts die Solidarität und den Gemeinsinn.

Kritische Wissenschaft kann unter den geschilderten Bedingungen nur schwerlich gedeihen. Es braucht sie heute aber mehr denn je, weil nur eine Allianz aus sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und kritischen WissenschaftlerInnen eine Alternative zu neoliberaler, autokratischer Politik bieten kann. Wissenschafts- und Universitätspolitik ist im Kern Gesellschaftspolitik. Wer was unter welchen Bedingungen erforscht und wer unter welchen Bedingungen studiert, wirkt sich unmittelbar auf die Gesellschaft aus. Die systemischen Veränderungen, die vom Zugang zur Universität (Ende des freien Hochschulzugangs) über die Verschulung des Studiums (Ende des freien Studierens) bis zu den der Unternehmenslogik unterworfenen Wissenschaftskarrieren reichen, steuern bestehenden gesellschaftlichen Ungleichheiten nicht entgegen, sondern befördern diese sogar noch. Angesichts der individualisierten, nicht mehr vergesellschafteten Risiken reüssieren in diesem System nach wie vor vorrangig Studierende aus finanzkräftigen und bildungsnahen Haushalten und jene WissenschaftlerInnen, deren Denken und Handeln von der Konkurrenzlogik geprägt sind. Der akademische Arbeitsmarkt nähert sich nach einer sozialliberal und demokratisch geprägten Phase wieder den Gegebenheiten an, die Max Weber vor 100 Jahren beschrieb. Jene Abhängigkeits- und (Selbst-)Ausbeutungsverhältnisse dienen dabei als Vorbild für „flexible Arbeitswelten der Zukunft“, in denen strukturelle

Probleme des Arbeitsmarktes nicht solidarisch behandelt, sondern auf den Einzelnen abgewälzt werden.

Die IG steht daher vor der Herausforderung, sowohl innerhalb der Universität als auch in anderen Arbeitszusammenhängen (außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, „freie“ WissenschaftlerInnen) vereinzelte prekär beschäftigte Individuen zur Wahrung gemeinsamer Interessen überbetrieblich zu organisieren.

### **3.2. Organisation von Vielfalt durch Schaffung einer Assoziation**

Von Anfang ihres Bestehens war die IG mit einem Phänomen konfrontiert, das als charakteristisch für das Prekariat gilt: Die Universitätslehrenden sind eben nicht wie die ArbeiterInnen in der Fabrik oder die Angestellten einer Bank eine homogene, an einem gemeinsamen Ort und zu geregelten Zeiten arbeitende Gruppe, sondern durch eine schillernde Vielfalt gekennzeichnet. Hochdotierte Operndirektoren und JournalistInnen zählen genauso dazu wie von einem Erbe zehrende Privatgelehrte, am Existenzminimum lebende, bestenfalls von den Eltern unterstützte alleinerziehende DoktorandInnen, verbeamtete AHS-LehrerInnen oder über Drittmittel beschäftigte ForscherInnen. Es ist klar, dass diese unterschiedlichen AkteurInnen ebenso unterschiedliche Interessen haben und in verschiedenem Ausmaß von den an den Universitäten vorgefundenen Arbeits- und Vertragsverhältnissen abhängig sind.

Wenn es wohl nicht realistisch ist, die Interessen aller der genannten verschiedenen AkteurInnen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, so ist es doch möglich, einen Zusammenhang zu schaffen, in dem die unterschiedlichen Bedürfnisse und Interessen artikuliert und diskutiert werden können. Die IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen kann als eine *Assoziation* verstanden werden, die das akademische Feld innerhalb und außerhalb der Universitäten und akademischen Institutionen beobachtet und Diskussionsräume zum Erfahrungsaustausch schafft. Dies ist eine unabdingbare Voraussetzung für das Artikulieren solidarischer Forderungen auf universitärer, aber auch auf allgemein politischer Ebene, für gemeinsames Handeln und das Auftreten als Verhandlungspartnerin mit Institutionen, Unternehmen und Regierungen.

Ein wichtiges Projekt wird dabei zunehmend die internationale Vernetzung mit jenen Initiativen sein, die sich dem Kampf gegen prekäre Verhältnisse in der Wissenschaft verschrieben haben. So hat sich Anfang 2017 in Deutschland das „Netzwerk für Gute Arbeit in der Wissenschaft“ gegründet. Dieses will als Dachorganisation die Anliegen und Interessen

des akademischen Mittelbaus bündeln. In seinem Mission Statement heißt es unter anderem:

„An den Universitäten sind praktisch alle dort tätigen Gruppen von der Ökonomisierung von Bildung und Forschung betroffen. Den Mangel an solider Grundfinanzierung kompensiert ein Heer von – so die Schätzung der *Zeit* – inzwischen 100.000 PrivatdozentInnen und Lehrbeauftragten, das für einen Stundenlohn weit unter dem Mindestlohn oder gänzlich kostenlos die grundständige Lehre gewährleistet.“<sup>51</sup>

Eine der Forderungen, die sich wissenschaftlich mit dem Prekariat beschäftigende Personen wie Guy Standing erheben, ist die nach einem Bedingungslosen Grundeinkommen. Diese Forderung ist bekanntlich innerhalb der Gewerkschaften und jener Einrichtungen, die sich um die Organisation der Arbeit bemühen, umstritten; auch in der IG LektorInnen bestehen dazu unterschiedliche Positionen, doch soll die IG zumindest ein Ort sein, wo über die Sinnhaftigkeit einer solchen Forderung diskutiert werden kann.

Forderungen, auf die sich die IG in ihren bisherigen Diskussionsprozessen einigen konnte, werden in der Folge aufgelistet und damit abschließend zur Diskussion gestellt:

---

<sup>51</sup> <http://mittelbau.net/selbstverstaendnis-2/>

## **Forderungen der IG LektorInnen:**

### **1. Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch ...**

- ... unbefristete Dienstverträge für LektorInnen: weg mit sechsmonatigen Kettenverträgen, denn unbefristete Verträge tragen zur besseren Planbarkeit für Lehrende bei und sichern so Qualität und Nachhaltigkeit der universitären Lehre,
- ... Personalstrukturpläne zur langfristigen Etablierung von deutlich mehr wissenschaftlichen Vollzeitstellen unter Berücksichtigung der Einheit von Lehre und Forschung (das heißt weniger befristete, mehr unbefristete Stellen),
- ... adäquate Bezahlung von Lehre und Betreuungsarbeit sowie die Abgeltung von administrativen Tätigkeiten,
- ... adäquate infrastrukturelle Ressourcen für LektorInnen: mindestens ein Raum für LektorInnen pro Institut mit Internetzugang und Festnetztelefon, für Sprechstunden, Beratungen, Treffen, Vernetzung, sowie Bereitstellung von Arbeitsmitteln (Hard- und Software) etc.,
- ... Verbesserung der Kommunikationsstrukturen zwischen Instituten und LektorInnen, etwa was Ausschreibungen von Lehrveranstaltungen und die Weitergabe von Informationen zum Universitätsbetrieb anbelangt.

### **2. Re-Demokratisierung wissenschaftlicher Institutionen durch**

- ... Abschaffung der universitären Kurien und der damit in Verbindung stehenden Hierarchien und Exklusionsmechanismen,
- ... Abschaffung der Abhängigkeitsverhältnisse wissenschaftlicher MitarbeiterInnen,
- ... Transparenz bei inneruniversitären Postenvergabeabläufen und für BewerberInnen einsehbare Begründung von Absagen,
- ... Implementierung eines demokratischen Organisationsmodells an Universitäten durch die Reform des UG 2002,
- ... Offenlegung aller Gehälter an den Universitäten.